

Die Wiederaufnahme der Reichstagsberatungen.

Sitzung vom 19. Februar.

Am Sitze des Bundesrats: v. Payer, Frhr. v. Stein, v. Krause, Wankroff.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung und erklärt: Präsident Dr. Kaempf ist durch einen Kurzgebrauch leider verhindert, an den Verhandlungen teilzunehmen, deshalb habe ich die Ehre, den Reichstag zu eröffnen.

Seit wir nach unserer letzten Sitzung auseinandergingen, sind keine großen kriegerischen Ereignisse eingetreten, die zu irgendeiner Klärung des Reichstages Veranlassung geben könnten. Wir hoffen, daß wir dem allgemeinen Frieden näherkommen werden. Unser Feind im Osten bot uns die Friedenshand. Wir haben jetzt wenigstens einen bedeutenden Schritt vorwärts getan. Wir haben mit dem neuen Staat der Ukraine einen Frieden geschlossen, der für beide Teile als gleich ehrenvoll betrachtet werden kann. Wir haben durch diesen Frieden gezeigt, daß das deutsche Volk bereit ist, ohne gewaltsame Annektionen und ohne Entschädigungen einen Frieden zu schließen. Leider ist es uns nicht gelungen, mit dem übrigen Rußland einen Friedenszustand zu erreichen. Wenn der Kriegszustand nach monatelanger Pause wieder eröffnet werden müßte, so ist es sicher nicht unsere Schuld. Wir können nur hoffen, daß es unserer energischen Hilfe gelingen wird, den Völkern, die sich nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes von Großrußland loslösen wollen, die Selbständigkeit zu ermöglichen. Jeder sind die Aussichten auf einen baldigen ehrenvollen Frieden im Westen nicht besser geworden. Der deutsche Friedenswille, dem der Reichstanzler in seiner letzten Rede Ausdruck gegeben hat, ist von unseren Feinden im Westen mit derselben Schöffheit zurückgewiesen worden wie früher. Man will nicht mit uns verhandeln, man will uns niederzwingen. Aber wir versagen nicht. Unsere Feinde können ihre Sorgen über den bevorstehenden großen deutschen Angriff im Westen nicht zurückhalten und das deutsche Volk, das nun schon über drei Jahre heldenmütig ausharrt, ist auch fernerhin fest entschlossen, wenn es sein muß, neue blutige Opfer zu bringen. Obgleich unsere Feinde immer neue Staaten gegen uns aufgewiesen haben, obwohl beinahe die ganze Welt gegen uns kämpft, ist das deutsche Volk bisher in diesem Kriege siegreich gewesen. Den neuen gewaltigen Kämpfen sehen wir mit Zuneigung entgegen in dem festen Entschluß auszuharren, um die Heimat, um Weib und Kind zu schützen und um einen Frieden zu erkämpfen, der uns wieder zu einem freien Lande macht, unipflicht von einem freien Weltmeer. In der Hoffnung, daß dieses Ziel nicht bald erreicht werden möge, gehen wir an unsere Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Das Andenken der verstorbenen Frau Stadthagen (U. Soz.) und Barlo (Str.) wird in der üblichen Weise geehrt.

Ein Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Henke (U. Soz.) wegen Verstoßes des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand wird dem Ausschuss für die Gesetzgebung überwiesen.

Allerlei Beschwerden.

Abg. Ledebour (U. Soz.) führt Beschwerde über das Verbot einer Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes in Berlin.

General v. Wrisberg: Die Versammlung wurde verboten, weil die Besetzung bestand, daß durch sie Unruhen in den Verband hineingetragen und die Munitionserzeugung gestört werden könnte. Derartige Kämpfe müssen unter den gegenwärtigen Verhältnissen unbedingt vermieden werden.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Dana frage ich: Ist dem Herrn Reichstanzler bekannt, daß diese Antwort unzutreffend ist?

Vizepräsident Dr. Paasche: Die Antwort auf die Anfrage wird im Namen des Reichstanzlers erteilt. Sie wird ihm also wohl bekannt sein.

Abg. Fruch (Soz.) führt Beschwerde, daß in zahlreichen Gemeinden der näheren und weiteren Umgebung der Festung Straßburg die Vergütungen für die durch Armierungsarbeiten verursachten Kriegsschäden, die noch aus den ersten Kriegsmontaten herrühren, noch immer nicht bezahlt sind.

Ministerialdirektor Dr. Leinwald bedauert die vorgekommenen Verzögerungen. Es werde alles getan werden, um die Auszahlungen möglichst rasch erfolgen zu lassen. Der Statthalter in Elsaß-Lothringen hat bis zur endgültigen Festsetzung Vorschläge aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt und die Bezirkspräsidenten entsprechend angewiesen.

Abg. König (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß in Dortmund weibliche Personen im Alter von 16 bis 35 Jahren angefordert wurden, sich in eine Meldestelle einzutragen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß es sich nur darum gehandelt habe, einen Ueberblick über die im Notfalle verfügbaren Arbeitskräfte zu erhalten.

Abg. Vogtherr (U. Soz.) führt Klage über das Verbot von Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokraten in Stettin.

Ministerialdirektor Leinwald erwidert, daß das Verbot sich mit Rücksicht auf vorgekommene Straßendemonstrationen als notwendig herausgestellt hätte.

Abg. Leube (Fortchr. Vpt.) weist darauf hin, daß die Fernsprechnot hauptsächlich durch die Kriegsgesellschaften verursacht sei, die in übertriebener Weise die Fernsprecheleitungen für sich in Anspruch nehmen.

Ein Regierungsvertreter erklärt: Es trifft zu, daß der Fernsprechverkehr zwischen den Großstädten infolge der außerordentlichen Belastung der Leitungen zurzeit erschwert ist. Die Ursache liegt hauptsächlich in der aufs äußerste angespannten Kriegswirtschaft, in den Einschränkungen des Eisenbahn- und Postbetriebes, in der Unmöglichkeit, jetzt neue Leitungen herzustellen, und in der starken Verengung des Fernsprechers durch die militärischen Dienststellen. Daß die Kriegsgesellschaften die Leitungen in übertriebener Weise für sich in Anspruch nehmen, hat sich bei kürzlichen Ermittlungen nicht bestätigt. Von den in Berlin angemeldeten Gesprächen nach außerhalb entfallen etwa 2 v. H. auf die Kriegsgesellschaften. Die Reichs-Telegraphen-Verwaltung ist dauernd bemüht, den Verkehrserischwerenissen so viel wie möglich abzuhelfen; zu dem Zweck steht sie auch fortgesetzt mit den obersten Reichs-, Staats- und Militärbehörden in Verbindung, um auf unkläglichste Einschränkung des amtlichen und sonstigen Sprechverkehrs hinzuwirken.

Abg. Hansen (Däne) weist darauf hin, daß die dänische Presse in Nordschleswig unter Zensur steht.

Oberst Weiß gibt nähere Auskunft über die Zensurmaßnahmen.

Abg. Kohnmann (Str.) stellt folgende Anfrage: Durch das Schwaasser in der Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz wurden in zahlreichen Fällen eingekaufte Lebensmittel stark beschädigt oder vollständig vernichtet. Ist der Reichstanzler bereit, Maßnahmen zu treffen, daß den Betroffenen Familien baldigt 1. ausreichender Ersatz für vernichtete Lebensmittel, 2. die zur Wiederherstellung der zerstörten Acker- und Gartenflächen not benötigten Arbeitskräfte eventuell durch Beurlaubung zum Heer eingezogener Angehöriger beschafft werden?

Ein Regierungsvertreter sagt möglichst Berücksichtigung zu. Abg. Meerfeld (Soz.) führt Beschwerde über das Verbot des Besuches einer sozialdemokratischen Versammlung durch Soldaten in Köln.

General v. Wrisberg: Den Militärpersonen ist die Teilnahme an politischen Versammlungen und Versammlungen untersagt, und sie dürfen deshalb ebenso wenig sozialdemokratische Versammlungen besuchen wie solche der Vaterlandspartei.

Auf eine Anfrage des Abg. Haschke (Vpt.) erwidert

Ministerialdirektor Caspar, daß die abgehenden Körperschaften eine in dieser Anfrage aufgedeckte Lücke in der Reichsversicherungsgesetzgebung bei Verabschiedung dieser Vorlage nicht vorhergesehen haben. Erst der Krieg habe das Bedürfnis geschaffen, daß bei rasch aufeinander folgenden Schwankungen in den Lohnverhältnissen der Versicherter jedesmal ein entsprechender Wechsel in der Beitragsskala auch für freiwillig Versicherte erfolge. Da das Gesetz hierüber keine Vorschrift trifft, soll der Prüfung der Frage nähergetreten werden, ob zunächst im Wege der Bundesratsverordnung für Kriegsteilnehmer und für die Aritzenbauer diese Befugnis eingeführt werden könne. Da aber die Beschränkung eines Mißbrauches dieses Rechtes zumunsten der Massen nicht ausgeschlossen ist, hat das Reichswirtschaftsamt zunächst die großen Kassenerhebungen und das Reichsversicherungsamt zu einer Aeußerung veranlaßt.

Militärische Wünsche des Ausschusses.

Auf der Tagesordnung stehen weiter Anträge des Ausschusses über militärische Angelegenheiten. Der Ausschuss fordert die Entlassung der Jahrgänge 1839 und 1870. Wenn Vater und Sohn gleichzeitig an der Front stehen, soll der Vater aus der Feuerlinie zurückgezogen werden. Die Mannschaften und Unteroffiziere sollen ein Recht auf Urlaub erhalten und die Strafe des strengen Arrestes soll entweder beseitigt oder gemildert werden.

Abg. Kohnmann (Str.): Viele ältere Leute könnten sich in der Heimat viel besser als draußen betätigen, während in der Heimat noch sehr viele reklamierte jüngere Leute sind, denen es gut anzuhehen würde, vor dem Feinde einmal zu zeigen, was sie können. Es hat große Mißstimmung erregt, daß verhältnismäßig viele junge unverheiratete Leute für die Kriegsindustrie reklamiert sind, während Väter von zahlreichen Kindern nun schon jahrelang im Felde stehen. Sowohl bei den Detachierungen wie bei der Urlaubsgewährung sollte man die Familienväter besonders berücksichtigen.

General v. Wrisberg: Wir würden die älteren Jahrgänge sehr gern entlassen, wenn die militärische Lage es erlaubte. Auch bei

der Urlaubsgewährung muß die militärische Lage ausschlaggebend sein. Die alten Leute werden nach Möglichkeit in die Heimat zurückgeschickt und durch junge Leute ersetzt. Dieser Austausch findet fortwährend statt, läßt sich aber nicht immer durchführen, da es junge Leute gibt, die in der Heimat nicht entbehrbar werden können.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr: Der Frieden mit der Ukraine.

Schluß 4 1/2 Uhr.